

mehrere große Ausstellungen. Darunter waren auch verschiedene chinesisch-ausländische Gemeinschaftsinszenierungen. Von chinesischer Seite wurden u.a. traditionelle chinesische Opern (Kunqu, Beijing-, Huai-, Shaoxing- und Shanghai-Oper) auf die Bühne gebracht. Von offizieller Seite verlautete, daß die Festspiele nicht nur das kulturelle Leben der Shanghai-Bürger bereicherten, sondern auch die kulturellen Kontakte zwischen Shanghai und dem Ausland förderten (XNA, 2. und 18.6.87).

Shanghai ist bestrebt, sein kulturelles Image aufzubauen, um nicht nur als Wirtschaftsmetropole zu gelten. Zudem begreift es sich als Vorposten ausländischer Kultureinflüsse und als Mittler zwischen chinesischer und westlicher Kultur. -st-

Außenwirtschaft

*(31) Studie kritisiert Bedingungen für ausländische Investoren

Eine Studie über ausländische Direktinvestitionen in China, geschrieben im Auftrag des UN Centre on Transnational Corporations, kommt zu dem Schluß, daß die ausländischen Investitionen in China ansteigen könnten, wenn sich die politische Situation stabilisiere. Ernsthafte Hindernisse gebe es jedoch weiterhin, wie z.B. Befürchtungen hinsichtlich der politischen Stabilität, unausgeglichene Devisenbilanz, exzessive Kosten, inadäquate Gesetze und Differenzen hinsichtlich der Art von Verträgen.

Die Studie wurde von den New Yorker Anwälten Jerome A. Cohen und Stuart J. Valentine verfaßt, die sich auf die Volksrepublik China spezialisiert haben. Diese Studie wurde Ende Mai auf einer Tagung höheren chinesischen Wirtschaftsfunktionären überreicht, die mit Vertretern westeuropäischer und amerikanischer multinationaler Unternehmen über Auslandsinvestitionen in der Volksrepublik China diskutierten.

Unter den Schwierigkeiten, die dem ausländischen Investor in der Volksrepublik begegnen, befinden sich nach Ansicht der beiden Rechtsanwältinnen die folgenden:

- Die Ungewißheit über die politische Richtung Chinas. Diese wird bis zur Entscheidung über die neue Führerschaft, die im Herbst 1987 fallen soll, andauern.
- Das Unvermögen der Investoren, Gewinne zu transferieren, und zwar im wesentlichen aufgrund der geringen Devisenreserven des Landes.
- Die außergewöhnlich hohen Kosten für den Geschäftsbetrieb in China und die überhöhten Gebühren, die ausländischen Unternehmen auferlegt werden.
- Die chinesische Praxis, einmal geschlossene Verträge nicht einzuhalten und auf Neuverhandlungen zu bestehen.
- Die Unzulänglichkeit der chinesischen Gesetze und der Rückgriff chinesischer Partner auf interne Regelungen, die dem ausländischen Investor unbekannt sind.
- Eine "unfreundliche" Steuerstruktur und eine Steuerverwaltung, die es oft den Investoren unmöglich machen, die Gewinnträchtigkeit eines vorgeschlagenen Projektes zu evaluieren.

Eine oft vorgebrachte Klage ausländischer Investoren bezieht sich auf die Eskalation der Kosten für die Investoren und ihre Unternehmen. Die Preise und Gebühren haben oft keine Beziehungen zur Qualität der Güter oder der angebotenen Dienstleistungen. In diesem Zusammenhang werden höhere Preise zitiert, die ausländische Angestellte für Flugtickets, für Telefonnutzung und in Hotels zahlen müssen, und zwar nur aufgrund der Tatsache, daß sie nicht Chinesen sind.

Bis jetzt, so die Autoren der Studie, sei es in China eine weitverbreitete Auffassung, daß ein ausländisches Unternehmen in China Freiwild sei, das man mit noch so vielen Kosten beladen könne, das aber dennoch in der Lage sei, einen Gewinn zu erzielen und seinen Enthusiasmus für China zu behalten. Diese Überzeugung würde in der Weigerung chinesischer Verhandlungspartner reflektiert, einem Investor die wirklichen Kosten von Arbeit, Landnutzung, Einrichtungen und Rohmaterialien zu nennen.

Schwerwiegender für die ausländischen Unternehmen sei die Praxis der Vertragsverhandlungen. Chinesische Verhandlungspartner weigerten sich sehr oft, detaillierte Kontrakte abzuschließen, um die Interessen ausländischer Unternehmen zu garantieren. Es sei sogar üblich, daß nach Vertragsabschluß auf Neuverhandlungen bestanden würde.

Manchmal intervenierten Regierungsabteilungen direkt, indem sie neue Auflagen machten oder andere Bedingungen bzw. Gebühren festsetzten, die die Vertragsfähigkeit des Unternehmens beeinträchtigten.

So sei beispielsweise ein chinesisch-amerikanisches Joint Venture mit einem Kapital von 25 Mio. US\$ in der Provinz Guangdong in Schwierigkeiten geraten. Gegenstand dieses Joint Ventures war eine Schweinefarm. Als die Provinzregierung eine eigene Schweinefarm eröffnet hatte, erlegte sie dem Joint Venture eine Exportquote auf. (*Financial Times*, 27.5.87; IHT, 18.6.87) -lou-

*(32) Verbesserte Dienstleistungen für ausländische Investoren

Chinas Materialabteilungen auf den verschiedenen Ebenen unternehmen alle Anstrengungen, um die Unternehmen mit ausländischen Investitionen mit Rohmaterialien zu versorgen. Eine der wichtigsten Maßnahmen in diesem Zusammenhang war, eine besondere Versorgungsgesellschaft für Joint Ventures in jenen Städten und Provinzen zu errichten, in denen viele Unternehmen mit ausländischen Investitionen ansässig sind. Nachdem die zentralen Behörden 22 Vorschriften zur Förderung der ausländischen Investitionen im April 1986 erlassen hatten, wurden 15 solcher Gesellschaften in Beijing, Shanghai, Guangdong, Tianjin und anderen Städten bzw. Provinzen errichtet. Aufgabe dieser Gesellschaften sei es, Materialien und Ausrüstungen zu importieren, die die Joint Ventures auf dem einheimischen Markt nicht erhalten können.

Die Versorgungsgesellschaften für Unternehmen mit ausländischen Investitionen erhalten ihre Materialien hauptsächlich durch drei Kanäle: staatliche Zuteilung zu staatlich fixierten Preisen, durch lokale Behörden zu Präferenzpreisen und

auf dem Markt zu Marktpreisen. Die Marktpreise sind normalerweise die höchsten Preise. Deshalb hängen die Materialpreise von den Kanälen ab, aus denen sie kommen.

Das zentrale Amt für Versorgung kontrolliert nun 20 Schlüsselmaterialien, wie z.B. Stahl, Kupfer, Kohle, Bauholz, Zement und Blei, durch die Festsetzung von Quoten für Schlüsselprojekte und Regionen. 300 Arten von Materialien unterstehen noch der Kontrolle der Ministerien.

Wie Zhu Wenqi, ein höherer Kader des zentralen Amtes für Versorgung, mitteilte, wird der Staat nach und nach die Kontrolle an die lokalen Behörden übergeben und schließlich das System der geplanten Zuteilung von Materialien in ein System verwandeln, wonach die Materialien durch den Markt bezogen werden können. Der Prozentsatz der vom Staat kontrollierten Kohle ist von 59% im Jahre 1980 auf 42% im Jahre 1986 gesunken. Der Prozentsatz für Bauholz sank im gleichen Zeitraum von 80% auf 30%.

Ausländische und chinesische Investoren können seit Anfang Juni 1987 bei Planung, Vorbereitung und Durchführung ihrer Investitionsprojekte in China das Serviceangebot eines neuen Fachzentrums in Anspruch nehmen. Das zunächst auf die regierungsunmittelbare Stadt Tianjin beschränkte Tianjin Foreign Investment Service Centre (TFISC) dürfte nach allen Erfahrungen ähnlicher Art Schule machen und in gleicher oder verwandter Form weitgehend imitiert werden.

Das Servicezentrum bezeichnet sich als eine Gemeinschaftsorganisation, da es die Funktionen von acht Regierungsbehörden und 14 weiteren einschlägigen Agenturen unter einem Dach vereint. Eine Kombination höchster Verwaltungskompetenzen und umfassender kommerzieller Leistungen soll die Garantie für hohe Qualität und Effizienz der vom Zentrum ausgeführten Aufträge darstellen. Im einzelnen bietet das TFISC die nachstehend genannten Dienstleistungen und Funktionen an:

- unmittelbare und direkte Kontaktaufnahme mit Regierungsstellen und Funktionären, die zur Beförderung der jeweiligen Investitionsprojekte ermächtigt sind.

- Einsicht in die Liste der von der Stadtregierung Tianjin für die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern genehmigten Projekte.

- Eindeutige und umfassende Interpretation der Gesetze, Vorschriften, Gebühren, Voraussetzungen für Vorzugsbehandlung sowie der allgemeinen Investitionsbedingungen.

- Identifizierung und Beurteilung der für eine Zusammenarbeit am besten geeigneten chinesischen Partner; Mitarbeit bei der Beschaffung aller erforderlichen Projektgenehmigungen.

- Unterstützung bei Bauplanung und Ausführung gemäß den örtlichen Vorschriften, beim Projektkostenvoranschlag sowie bei Auswahl und Einstellung fachlich qualifizierten Personals.

- Nach Aufnahme des Geschäftsbetriebs Hilfe bei der Lösung der unvermeidlich auftauchenden Probleme, um dem Investor "Zeit, Geld und Enttäuschung" zu ersparen.

Ausländische Investoren können alle für die Gründung und Betriebsaufnahme einer Allein- oder Gemeinschaftsgründung erforderlichen Unterlagen und Dienstleistungen beim TFISC beantragen, "ohne das Gebäude zu verlassen". Die für den Gesamtkomplex ausländischer Investitionen zuständigen Ämter der Stadtverwaltung werden durch einen Stab von 67 Kadern repräsentiert. (XNA, 9.6.1987; NFA, 16.6.1987) -lou-

*(33)

China gibt immer mehr Internationale Obligationen aus

In den ersten fünf Monaten des Jahres 1987 hatte die CITIC (Internationale Treuhand- und Investitionsgesellschaft) sowie die auf den Außenhandel spezialisierte Bank of China Obligationen mit einem Gesamtwert von 60 Mrd. Yen bzw. 200 Mio. US\$ in Tokyo, Hongkong und Singapur ausgegeben.

Diese Wertpapierpraxis hat im Januar 1982 begonnen. Damals emittierte die CITIC zum ersten Mal Schuldscheine im Werte von 10 Mrd. Yen auf dem japanischen Markt. Zwischen Januar 1982 und April 1987 vergab China insgesamt 25 Obligationen im Werte von 2,78 Mrd. US\$.

Beteiligt daran waren

- die Bank of China mit insgesamt 9 Obligationen im Werte von 1,317 Mrd. US\$, emittiert in Tokyo, Frankfurt und Singapur;
- die CITIC mit 10 Obligationen im Werte von 1,03 Mrd. US\$ (in Tokyo, Hongkong und Frankfurt);
- die Investitionsgesellschaft der Provinz Fujian mit 3 Obligationen im Werte von 120 Mio. US\$ (in Tokyo und Singapur);
- die Treuhand- und Investitionsgesellschaften der Provinzen Guangdong, Shanghai und Tianjin mit je einer Obligation im Werte von 129 Mio. bzw. 131 Mio. bzw. 61,73 Mio. US\$ (ausgegeben in Tokyo).

Diese seit 1982 durchgeführte Wertpapierpolitik ist gleichzeitig auch ein Anzeiger für den wachsenden Devisenbedarf Chinas. Längst ist die während der Mao-Zeit noch geübte Praxis in Vergessenheit geraten, Importe ausschließlich mit Exporten zu finanzieren und keine Schulden zu machen.

Der schnelle Anstieg der Obligationenausgabe läßt sich auch aus den Summen ablesen, die seit 1982 auf dem Wertpapiermarkt eingeworben wurden (die folgenden Angaben in Mio. US\$):

1982:	43,58
1983:	20,23
1984:	83,17
1985:	786,46
1986:	1.255,53

(BRu 1987, Nr.25, S.31)

In diesem Zusammenhang sollte auch noch darauf hingewiesen werden, daß in den ersten vier Monaten des Jahres 1987 362 Joint Ventures mit ausländischer Beteiligung zu einem Gesamtkapital von 550 Mio. US\$ errichtet worden sind.

Der Erlaß zahlreicher Außenhandelsgesetze und -vorschriften und der Abschluß von 80 Investitionsschutz- sowie 16 Doppelbesteuerungsverträgen mit anderen Staaten mag das Vertrauen potentieller ausländischer Investoren - und damit auch das Entwicklungstempo - beschleunigt haben.

Nach offiziellen Angaben sind von 1979, dem Zeitpunkt des Erlasses des Joint-Venture-Gesetzes, bis Ende 1986 über 7.800 Gemeinschaftsunternehmen und Projekte der kooperativen Erschließung von Meeresrohstoffen in Betrieb genommen worden. Dabei wurde ausländisches Kapital in Höhe von 6,6 Mrd. US\$ investiert (Angaben von Staatskommissar Gu Mu). -we-

***(34)
Erfahrungen mit Gegengeschäften**

Nach einer offiziellen Darstellung, die von der zuständigen Vizedirektorin der Ein- und Ausfuhrabteilung des Ministeriums für außenwirtschaftliche Beziehungen und Außenhandel im Bulletin der letzten Messe in Guangzhou veröffentlicht wurde, nehmen Chinas Gegengeschäfte in wesentlichen Formen und Praktiken von Kompensationshandel, Barter und Gegenkauf (counter purchase) an. Spezifische Fachgesellschaften für diese Art des Warenaustausches bestehen bisher nicht. Generell können sich alle chinesischen Gesellschaften oder Organisationen auf diesem Sektor betätigen, falls sie im Besitz einer Ein- oder Ausfuhrlizenz sind.

In einigen Städten und Provinzen (Beijing, Shanghai, Tianjin, Shandong, Henan, Jilin) sind außerdem amtliche Stellen für die Bearbeitung von Gegengeschäften eingerichtet worden. Entsprechende Referate gibt es auch in zahlreichen nationalen und örtlichen Außenhandelsgesellschaften. Zum Zwecke der Förderung des chinesischen Außenhandels durch Gegengeschäfte mit bestimmten Märkten waren 1985 die China National Africa Trading Corp., die China National Gulf Trading Corp. und die China National Latin America Trading Corp. gegründet worden.

Unter den überwiegend praktizierten Formen des Naturaltauschs nimmt der vor neun Jahren eingeführte Kompensationshandel den ersten Platz ein. Der genannten Autorin zufolge sind von Mitte 1978 bis Ende 1986 insgesamt über 1.500 Kompensationsverträge im Wert von 1,6 Mrd. US\$ unterzeichnet worden. Davon wurden bisher Transaktionen in Höhe von etwa 1 Mrd. US\$ effektiv abgewickelt. Sie entfielen fast ausschließlich auf Direktkompensation (buy back), wobei importierte Installationen und/oder Technologie durch die anfallende Erzeugung abgegolten werden.

Die indirekte Kompensation sieht eine Bezahlung mit Drittprodukten vor. Sie ist selten, da häufig unüberwindliche wirtschaftliche, organisatorische und bürokratische Hindernisse im Wege stehen. Zusätzlich zu diesen beiden Kompensationsformen werden noch einige Varianten praktiziert, z.B.

"comprehensive compensation" (Kombination von direkter und indirekter Kompensation), "partial compensation" (Kombination von Waren- und Barzahlung) oder "trade linking compensation" (Einschaltung einer Drittfirma für den Verkauf der Kompensationsware).

Der Barter-Handel als zweite Form des Gegengeschäfts hat nach chinesischer Auffassung gegenüber der Urform des Naturaltauschs eine moderne Bedeutung angenommen. Als Beispiel wird der Außenhandel mit der UdSSR, osteuropäischen und einigen Ländern der Dritten Welt angeführt. In diesen Fällen vollzieht sich der Warenverkehr im Rahmen von Regierungsabkommen auf dem Wege der Verrechnung des Austausches von Waren mit gleichem Wert. Das Abkommen kann sowohl aus einem Gesamtpaket als auch aus Einzelverträgen bestehen.

Bei Barter-Geschäften mit westlichen Ländern macht China nicht in allen Fällen den beiderseitigen Austausch von Waren gleichen Wertes zur Bedingung. Vielmehr werden Barter-Transaktionen gelegentlich auch im Rahmen einer Kombination von Naturaltausch und Barzahlung vorgenommen.

Die dritte Methode, die der Gegenkäufe (counter purchase), ist erst zwei Jahre alt und steckt noch in den Kinderschuhen. Da diese Form des Warenverkehrs aber dem Ausfuhrgeschäft und einer ausgeglichenen Handelsbilanz förderlich ist, verfolgen zahlreiche Länder, wie Indonesien, Malaysia, Thailand, Brasilien, Zimbabwe, Nigeria, Tunesien, Japan, Frankreich, die Schweiz und USA, diesen Weg mit großem Nachdruck. Wie es heißt, hat China unter diesem Programm bisher im wesentlichen Reis, Sesam, Baumwolle, Jute, Jutesäcke, Kohle, andere Mineralien, Handwerkzeuge, landwirtschaftliche Geräte und Maschinen, andere Maschinen, Bau- und Elektroerzeugnisse geliefert und dafür im Gegenzug z.B. Kraftwerksausrüstungen, Bauholz, Stahlprodukte, Zement, Sperrholz, Roheisen, Chemiefasern, Kraftfahrzeuge und andere Güter importiert.

Große Gegengeschäfte aller Art bedürfen der Prüfung und Genehmigung durch das Ministerium für außenwirtschaftliche Beziehungen und Außenhandel. In diesem Zusammenhang ist in der Im- und Exportabteilung des Ministeriums ein besonderes Referat, dessen

Aufgabe die Vorbereitung, Koordinierung und Überwachung der von verschiedenen Organisationen und Gesellschaften vorgesehenen Gegengeschäfte ist, geschaffen worden. Nach den Erfahrungen dieser Behörde haben die vergangenen Jahre gezeigt, daß die Methode der direkten Kompensation die größten Erfolgchancen hat. Aber die Schwierigkeiten beginnen bereits, wenn die Kompensationsprodukte den Geschäftsbereich von mehr als zwei Gesellschaften betreffen. Dann muß das Ministerium für außenwirtschaftliche Beziehungen als Organisator und Koordinator eingeschaltet werden.

Eine wesentliche Voraussetzung für jeden Erfolg liegt in der Zusammensetzung der Warensortimente, d.h. der ausländische Lieferant sollte nach Möglichkeit seinen Warenkorb für China annehmbar strukturieren und im Gegenzug die in China verfügbaren Güter akzeptieren. Das gilt insbesondere auch für Partner, die im Warenaustausch mit der Volksrepublik einen chronischen Aktivsaldo ausweisen. Obwohl es noch keine Bestimmungen darüber gibt, welche Waren für Gegengeschäfte zulässig sind, sollen leicht verkäufliche Produkte (cash commodities) grundsätzlich nicht im Rahmen von Gegengeschäften umgesetzt werden. Nach chinesischen Vorstellungen sollen sich die Transaktionen vielmehr auf Erzeugnisse konzentrieren, die im Überfluß vorhanden sind oder einen Exportmarkt suchen, wie mechanische und elektrische Produkte.

Die ohnehin nicht geringen Risiken des Chinahandels nehmen nach Äußerungen aus der Praxis bei der Vereinbarung von Gegengeschäften neue Dimensionen an. Das gelte besonders dann, wenn es sich um komplizierte Drei- oder Viereckstransaktionen handele, die sich zudem noch über einen längeren Zeitraum hinzögen. In diesem Zusammenhang wird eine nachlassende Zuverlässigkeit und Vertrags-treue gewisser chinesischer Einheiten und Gesellschaften mit zunehmender Sorge verfolgt.

Offiziell sind zwar in Beijing eindringliche Direktiven ergangen, daß die mit ausländischen Partnern geschlossenen Verträge auf das genaueste beachtet und eingehalten werden müssen. In der Praxis aber müssen offenbar viele Firmen im Handel mit China die Erfahrung machen, daß die Zahl der fest abgeschlossenen und danach nicht

honorierten Verträge "in einem alarmierenden Umfang zugenommen" hat.

Besonders krasse Beispiele für die geringe Vertragstreue chinesischer Geschäftspartner bot die letzte Messe in Guangzhou, als dort eine größere Zahl fest gezeichneter Verträge ohne Kommentar oder mit teilweise befremdlichen Erklärungen ohne Vorwarnung annulliert wurde. So führten chinesische Lieferanten z.B. als Begründung an, man habe keine Ware von den Zulieferern bekommen können oder vorhandene Bestände zu besseren Preisen an andere Kunden verkauft. Einige Argumente liefen darauf hinaus, die vor einigen Wochen oder Monaten vereinbarten Preise seien zu niedrig gewesen.

Besonders kritisch war die Lage für diejenigen ausländischen Kunden, die für den Weiterverkauf der in China bestellten Mengen bereits vertragliche Bindungen eingegangen waren und plötzlich keine Deckung mehr hatten bzw. die von den Verkäufern geforderten Preiserhöhungen nicht in ihrer Kalkulation verkraften konnten. Nach Meinung traditioneller China-Händler "hat es so etwas seit dem Bestehen der Guangzhou-Messe noch nicht gegeben". Einige Käufer sehen als Folge der chinesischen Vertragskündigungen "Millionenverluste" auf sich zukommen. Wenn diese Beispiele Schule machten, meinte ein westeuropäischer Firmenvertreter, müsse mit dem ständigen Risiko rechts- und vertragsloser Zustände gerechnet werden. (NfA, 12.6.1987) -lou-

*(35)

Handel mit Ostblock-Staaten wächst

Wie das Ministerium für außenwirtschaftliche Beziehungen und Außenhandel mitteilte, hat sich der Warenaustausch zwischen der Volksrepublik und den fünf in der Tabelle aufgeführten Ostblockstaaten in den letzten Jahren beträchtlich ausgeweitet.

1986 erreichte das Handelsvolumen 3,9 Mrd.Schweizer Franken.

Gemäß den zwischen der Volksrepublik und den fünf Ostblockstaaten 1985 unterzeichneten bilateralen Handelsabkommen soll Chinas Handel mit dem Ostblock in der Periode von 1986 bis 1990 ein kumuliertes Volumen von

Tabelle: HANDEL DER VR CHINA MIT AUSGEWÄHLTEN OSTBLOCKSTAATEN (Mio.US\$)

	Ungarn	CSSR	DDR	Bulgarien	Polen
Importe					
1984	46	155	103	18	128
1985	93	228	187	15	258
1986	205	306	230	63	410
Exporte					
1984	43	130	128	100	110
1985	77	228	258	118	192
1986	151	270	410	223	547
Salden					
1984	-3	-25	25	82	-18
1985	-16	0	71	103	-66
1986	-54	-36	180	160	137

Quelle: Ministerium für außenwirtschaftliche Beziehungen und Außenhandel, Beijing.

20 Mrd.Schweizer Franken erreichen. Wegen Devisenmangels erfolgt der weitaus größte Teil dieses Warenaustausches in Form von Kompensationsgeschäften der verschiedensten Art. China importiert vor allem industrielle Rohwaren und Halbfertigprodukte, wie Stahlrollen, Kupferplatten und Soda sowie Maschinen und elektronisches Zubehör. Die Volksrepublik bezahlt diese Importe in erster Linie mit landwirtschaftlichen und tierischen Produkten, Textilien und Artikeln des Kunsthandwerks.

Im laufenden Jahr 1987 zeichnet sich, so ein Sprecher des Beijinger Außenministeriums, ein leichter Rückgang des Handels mit den Ostblockstaaten ab (schätzungsweise 3,6 Mrd.Schweizer Franken). Als Ursache nannte er niedrigere Weltmarktpreise für gewisse industrielle und landwirtschaftliche Rohstoffe, eine bewußte Drosselung der chinesischen Importe sowie administrative und qualitative Hindernisse bei den gegenseitigen Handelsbeziehungen.

Die Volksrepublik forderte, einem Bericht der *China Daily* zufolge, die Ostblockstaaten kürzlich in ungewöhnlich klarer Sprache auf, ihre Exportprodukte qualitativ zu verbessern, die Lieferzeiten zu verkürzen, die Preise zu reduzieren, kurz, ihre Produkte auf dem chinesischen Markt wettbewerbsfähiger zu machen. (XNA, 2.6.1987; NZZ, 11.6.1987) -lou-

*(36)

Umfang der Schiffsreparaturen nimmt zu

Bislang habe das Land 132 Schiffe für Eigner aus mehr als 20 Ländern und Regionen repariert, darunter Großbritannien, die Bundesrepublik Deutschland, Norwegen, Singapur und Griechenland. Dies berichtete die China State Shipbuilding Corp. (CSSC). Wie Bi Yueran, der Geschäftsführende Direktor der Reparaturabteilung dieser Gesellschaft, mitteilte, hätten zwei sowjetische Schiffe im letzten Monat die Reparaturwerften von Daliang und Tianjin verlassen, und zwar nachdem sie 28 bzw. 13 Tage repariert worden waren. Diese beiden Schiffe (eins von 10.000 BRT und ein weiteres etwas kleiner) repräsentierten die ersten Aufträge der Sowjetunion nach der Verschlechterung der chinesisch-sowjetischen Beziehungen in den frühen 1960er Jahren. Das letzte sowjetische Schiff war 1964 in der Volksrepublik repariert worden.

Wie Bi ausführte, werde die Volksrepublik noch in diesem Jahre weitere sowjetische Schiffe aufgrund eines Regierungsabkommens zwischen den beiden Ländern reparieren. Werften im Süden des Landes würden sich der sowjetischen Schiffe annehmen. Die sowjetischen Schiffseigner wären mit der Qualität der Reparaturen und der Dienstleistungen in der Volksrepublik zufrieden; sie hätten angekün-

dig, weitere Schiffe zur Reparatur nach China zu senden.

Die Volksrepublik repariere gegenwärtig auch zwei Tiefseeschiffe für Polen. Sie habe zwei Schiffe an die DDR und ein Schiff an Ungarn ausgeliefert. Bi schrieb die Erfolge der Reparaturindustrie den vernünftigen Preisen, der garantierten Qualität, der prompten Ablieferung und dem exzellenten Service zu. Mittels fortgeschrittener Technologie und verbesserter Einrichtungen würden die chinesischen Werften nun Schiffe zu Forschungs-, Ölbohr- und Fährzwecken sowohl für chinesische als auch ausländische Eigner umrüsten.

China besitzt 16 Werften für die Reparatur von Schiffen. Die CSSC hat mehr als 30 Instandhaltungsstationen mit ausländischen Firmen errichtet, um Ersatzteile und Technologie zu liefern.

In den ersten fünf Monaten des Jahres 1987 seien bereits 44 Schiffe für chinesische Eigner repariert worden. Auf diese Weise habe die Reparaturindustrie bereits 53% des Jahresplanes erfüllt. (XNA, 22.6.1987) -lou-

*(37)

Altschuldenproblem mit Großbritannien gelöst

Großbritannien und die Volksrepublik China beendeten einen seit 50 Jahren anhaltenden Streit über unbeglichene chinesische Schulden im Werte von mehr als 300 Mio. Pfund Sterling. Ein in Peking unterzeichnetes Abkommen sieht vor, daß Großbritannien auf die Rückzahlung von alten Krediten und Anleihen verzichtet, während die Volksrepublik Ansprüche auf Entschädigungen für Waren, die im Korea-Krieg beschlagnahmt worden waren, fallen läßt. Großbritannien wird der Volksrepublik China 3,8 Mio. US\$ zahlen, während britische Gläubiger als Entschädigung für ihre Wertpapiere und die während der kommunistischen Revolution erlittenen Verluste 23,5 Mio. Pfund Sterling erhalten werden.

Bereits seit mehreren Jahren waren Anstrengungen unternommen worden, das Problem der ca. 30 unbedienten, zwischen 1891 und 1938 emittierten Anleihen des Kaiserreiches bzw. der Republik China zu lösen und damit der Volksrepublik den Zugang zu den Londoner Fi-

nanzmärkten zu öffnen.

Der Wert der alten chinesischen Anleihen soll 61 Mio. Pfund Sterling betragen haben. Die Chinesen gaben ihre Ansprüche in Höhe von 100 Mio. Pfund Sterling auf. Unter diese Ansprüche fielen eine Lieferung von Gummi sowie ein Öltanker, der während des Korea-Krieges konfisziert worden war. Des weiteren gehören dazu zwei Lufttransportmaschinen, die der Guomindang-Regierung gehörten, die jedoch im Jahre 1949 in Hongkong landeten.

Die von den Chinesen gezahlte Summe wird auf die Zeichner der alten Obligationen, auf britische Handelsfirmen und 850 Private aufgeteilt, die Wiedergutmachung für ihr beschlagnahmtes bzw. zerstörtes Eigentum in China verlangt hatten. Zu diesem Eigentum gehören u.a. Hochzeitsgeschenke, eine Schokoladenfabrik und der Shanghai Racing Club.

Durch das Abkommen sind nun die Hürden beseitigt, die von der Bank of England für die Chinesen errichtet worden waren. Die Volksrepublik hatte in den letzten Jahren bereits mehrere Versuche unternommen, am Euromarkt Kapital aufzunehmen.

Da die Bank of England jedoch keine Zustimmung geben wollte, solange die Frage der offenen Schulden unbeantwortet war (sie besitzt im Sterling-Sektor ein Vetorecht), mußte die Volksrepublik auf Umwegen an diesen Markt kommen. Die Anleihe in Höhe von 200 Mio. US\$ des Jahres 1986 wurde deshalb statt in London in Frankfurt aufgelegt. Die an der Anleihe teilnehmenden britischen Merchant-Banken bekamen den Unwillen der Bank of England zu spüren. Seit 1935, als zum ersten Mal ein Komitee zur Regelung der chinesischen Schuldenfrage gegründet worden war, hatte sich die Bank förmlich dagegen verwahrt, die Volksrepublik auf dem internationalen Anleihenmarkt zuzulassen.

Bankenkreise in Großbritannien haben die Erwartung ausgesprochen, daß der Londoner Markt nun nicht mit einer Flut chinesischer Papiere überzogen werde. Private Investoren würden voraussichtlich auf einer recht hohen Verzinsung bestehen, die Nachfrage institutioneller Anleger sei aber eher als bescheiden einzuschätzen. (AWSJ, 8.6.1987; *Financial Times*, 6.6.1987) -lou-

*(38)

Chinesisch-indonesischer Handel steigt schnell an

Ein im Juli 1985 in Singapur von der Volksrepublik China und Indonesien unterzeichnetes Protokoll ermöglichte wiederum direkte Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern. Die offiziellen Verbindungen zwischen China und Indonesien waren im Jahre 1965 nach dem gescheiterten Staatsstreich der kommunistischen Partei Indonesiens abgebrochen worden.

Zwischen 1965 und 1985 kamen dennoch billige Fertigwaren aus der Volksrepublik nach Indonesien. Einige wurden über Singapur geschmuggelt. Ein größerer Teil kam jedoch über Hongkong.

Im Juni 1987 nahmen 45 chinesische Unternehmen an der internationalen Handelsmesse in Jakarta teil.

Cui Yushan, der Generalsekretär des China Council for the Promotion of International Trade, erklärte in Jakarta, daß die Volksrepublik dem Kauf indonesischer Produkte erste Priorität einräume. In den 18 Monaten nach Unterzeichnung des Protokolls betragen die direkten indonesischen Exporte nach China 310 Mio. US\$, während die indonesischen Importe aus der Volksrepublik 114 Mio. US\$ ausmachten. (Zum Vergleich: Indonesiens gesamte Nichtölexporten im Jahre 1985 betragen 5,9 Mrd. US\$, die Importe 10 Mrd. US\$.)

Indonesien exportiert nach China Sperrholz, Stahl, Aluminium, Gummi, Palmöl, Zement, Kunstdünger und Kaffee. Sogar indonesische Teesorten werden nach China geliefert, die China in Barter-Geschäften mit den Comecon-Ländern verwendet.

Kadin, die indonesische Handelskammer, sieht im Gegenhandel eine Methode, das gegenwärtige Handelsbilanz-Ungleichgewicht zu beseitigen. Er wurde bereits erfolgreich angewendet in einem Geschäft, in dem Indonesien 400.000 t Kohle aus China bezog als Ausgleich für die Lieferung von 150.000 t Zement. (*Financial Times*, 14.6.1987) -lou-

*(39)
Chinesisch-australische
Kooperation im Metallsektor

Tabelle: STAATSEINNAHMEN UND -AUSGABEN 1986 (Mrd. Yuan)

	Budget	Ist
Steuereinnahmen	205,651	209,073
./. Subventionen f. Betriebsverluste	(27,621)	(32,478)
	178,030	176,595
Mittel f. Energie- u. Transportprojekte	15,000	15,707
Staatsanleihen	6,000	6,251
Abführungen der Betriebe	3,318	4,204
Einnahmen aus vorherigen Fiskaljahren		6,005
Residuum (sonst. Einnahmen)	6,299	9,690
Inländische Staatseinnahmen	208,647	218,452
Auslandsanleihen	5,500	7,574
gesamte Staatseinnahmen	214,147	226,026
Investbau	56,780	59,610
Fonds f. Kapazitätsausschöpfung, techn. Umgestaltung, probeweise Herstellung neuer Produkte	6,240	12,980
Unterstützung u. andere Ausgaben für die Landwirtschaft	11,790	12,430
laufende Ausgaben f. Kultur, Erziehung, Wissenschaft, Gesundheitswesen	35,700	37,990
Verteidigung	20,020	20,070
Verwaltungsausgaben	14,375	16,800
Preissubventionen	27,715	25,740
Residuum (sonst. Ausgaben)	36,027	39,891
Ausgaben aus inländischen Fonds	208,647	225,511
Ausgaben aus ausländischen Fonds	5,500	7,570
gesamte Staatsausgaben	214,147	233,081
Haushaltsdefizit	0,000	7,055

Ende Juni unterzeichneten die China Geology Import and Export Corp. und das australische Unternehmen Denison Resources N.L. einen Vertrag über die Gründung eines Joint Ventures, das sich mit der Goldproduktion befassen wird.

Bedeutend wichtiger ist jedoch ein Joint Venture zur Förderung von Eisenerz, das zwischen der China Metallurgical Import and Export Corp. sowie der Hamersley Holdings Ltd., einem der größten australischen Eisenerzproduzenten, abgeschlossen wurde. Die Volksrepublik hat einen Anteil von 40% an diesem Joint Venture und wird 40% der 250 Mio.A\$ (das sind ca. 178,6 Mio.US\$) beisteuern, die benötigt werden, um das Channar Eisenerzprojekt in der Region Pilbara im Westen Australiens zu starten.

Wenn dieses Projekt seine volle Produktionskapazität erreicht, werden jährlich 10 Mio.t hochgradigen Eisenerzes nach China verschifft werden. Die Lebensdauer der Mine wird mit 20 Jahren angegeben. Australien wird auf diese Weise Milliarden Dollar einnehmen können.

Wie vom Premierminister des australischen Bundesstaates Westaustralien, Brian Bourke, mitgeteilt wurde, erhofft sich Australien aus der Steigerung der chinesischen Stahlproduktion von gegenwärtig ca. 56 Mio.t pro Jahr auf ca. 90 Mio.t bis zum Jahre 2000 beträchtliche Vorteile. Der Joint Venture-Vertrag werde der Firma Hamersley Zugang zu einem Markt verschaffen, der in sehr kurzer Zeit mit dem japanischen Markt konkurrieren werde, so Bourke.

Die Regierung des Bundesstaates Victoria übernahm einen 25%igen Anteil an einer Aluminium-Walzwerks- und Strangpressenfabrik, deren Gesamtkapital 400 Mio.A\$ beträgt. Die neue Fabrik wird in Qinhuangdao in Nordchina gebaut. Die China International Trust and Investment Corp. (CITIC) wird 35,6% Anteile übernehmen, während das CITIC-eigene Unternehmen Shortridge Pty. aus Hongkong einen Anteil von 18% hält. Drei weitere Regierungsinstitutionen halten die restlichen Anteile an dem Joint Venture, das unter dem Namen Bohai Aluminium Industries

firmt.

Eine große Zahl der Produkte des neuen Joint Venture soll nach Südkorea gehen. Die Volksrepublik China hat momentan keine diplomatischen Kontakte zu Südkorea, doch der indirekte Handel hat in den letzten Jahren gut floriert. Das Joint Venture wird in der ersten Phase, die etwa 3 bis 4 Jahre dauern wird, ca. 100.000 t Aluminium-Produkte pro Jahr herstellen. In der Endphase sollen 300.000 t Aluminium-Produkte hergestellt werden.

Die Regierung des Bundesstaates Victoria hofft, daß die neue Fabrik einen großen Prozentsatz der benötigten Aluminiumbarren aus der Portland Schmelzanlage beziehen wird, die jährlich 300.000 t produ-

ziert. 1986 hatte die CITIC 10% von Portland übernommen.

Australische Beamte schätzen, daß die Verkäufe von Aluminiumbarren nach China einen Wert von 100 Mio.A\$ pro Jahr erreichen werden, doch wurde gleichzeitig darauf hingewiesen, daß bislang keine festen Abmachungen darüber getroffen worden seien.

Aluvic, die den 30%igen Anteil des Bundesstaates Victoria bei Portland verwaltet, wird ca. 30 Mio.A\$ für einen Anteil an der chinesischen Joint Venture-Gesellschaft zahlen, während die chinesischen Unternehmen ca. 90 Mio.A\$ investieren werden. Die benötigten weiteren Fonds sollen durch Auslandskredite gespeist werden. (AWSJ, 1.7.1987; *Financial Times*, 30.6.1987) -lou-